Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 30 Pfg., bei lokalen Anzeigen 25 Pfg. Reklamezeile 1.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubets, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 2.60 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 10 — **Dienstag, den 13. Januar 1920** — **48. Jahrgang**

Der Eisenbahnerstreik.

Die Eisenbahndirektion Essen richtet an sämtliche Eisenbahnbediensteten ihres Bezirkes folgende Aufforderung zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit: „Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. Januar 1920 und der darauf erlassenen Verordnung des militärischen Befehlshabers der Regierungsbezirke Düsseldorf, Arnsberg, Münster und Minden vom gleichen Tage wird folgendes bekanntgegeben:

1. Alle Bediensteten werden aufgefordert, sich jeder unbefugten Einmischung in Betrieb und Verkehr der Eisenbahn zu enthalten.

2. Der Dienst ist an allen Stellen sofort wieder aufzunehmen.

3. Lohnbedienstete, die ihre Arbeit nicht spätestens am Mittwoch, den 14. Januar, früh, planmäßig wieder aufnehmen, sind auf Grund des Paragraphen 21 der Arbeiterdienstordnung für die preußisch-hessischen Staatsbahnen entlassen. — Eine ähnliche Aufforderung hat die Eisenbahndirektion Elberfeld erlassen.

Die Antwort der Eisenbahner.

(W) In Essen fand gestern nachmittag eine große Versammlung der streikenden Eisenbahner statt. Saal und Tribünen waren überfüllt. Seitens eines Redners, der hervorhob, daß es sich nur um einen wirtschaftlichen Kampf und keinesfalls um politische Ziele handele, wurde die Bekanntmachung der Eisenbahndirektion verlesen, die unbefugte Einmischung in Betrieb und Verkehr der Eisenbahn verbietet, ferner die sofortige Wiederaufnahme des Dienstes in allen Dienststellen verlangt und mit Entlassung droht, falls die Arbeit am 14. Januar nicht wieder aufgenommen ist. Diese Bekanntmachung wurde von der Versammlung mit Pfuirufen beantwortet. Seitens der Zentralstreikleitung Essen wurde als Programm aufgestellt: 1. Nachzahlung der Bezüge ab 1. Oktober 1919. 2. Gewährung einer wirtschaftlichen Beihilfe. 3. Erhebung des gesamten Industriegebietes in die 1. Wirtschaftsklasse 4. Solidarität mit den Forderungen der Eisenbahnbeamten. 5. Aussperrungen aus Anlaß des Streikes dürfen nicht stattfinden.

Die überaus zahlreich Versammelten erklärten sich einstimmig für dieses Programm. Schließlich gab der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten die Erklärung ab, daß die Eisenbahnbeamten infolge Bewilligung ihrer Forderungen nicht mehr im Streik verharren, daß sie aber unter keinen Umständen den streikenden Arbeitern in den Rücken fallen werden. Diese Erklärung wurde mit Beifall aufgenommen.

Die Streiklage

zeigte gestern eine weitere Verschärfung. Nachdem auch die großen Hauptbahnhöfe von Dortmund und Essen außer Betrieb gekommen sind, nehmen die wenigen noch einlaufenden Fernzüge immer mehr ab, während der Ortszugverkehr gänzlich ruht. Auch der wichtige Knotenpunkt Hamm ist durch Beschluß einer dort abgehaltenen Eisenbahnerversammlung in den Streik gezogen. In Düsseldorf haben die Streikenden für die Ablassung von Kohlenzügen die Schließung der Kinos, Konzertlokale usw. gefordert, worauf diese durch den militärischen Befehlshaber gesperrt wurden. Weiter verweigern die dortigen Streikenden die Kohlenlieferung für die gewerblichen Betriebe. Die Folge davon wird sein, daß mehr als 10 000 Düsseldorfer Arbeiter beschäftigungslos werden. Die Kölner Eisenbahner haben dagegen, auf die Drohung der Direktion mit sofortiger Entlassung, die Arbeit wieder aufgenommen. Auf den übrigen Bahnhöfen der von dem Streik betroffenen Bezirke des rhein.-westf. Industriebezirks war die Lage unverändert. In Oberschlesien war auf einer Reihe von Betriebswerkstätten eine Wiederaufnahme zu verzeichnen, während eine Anzahl anderer sich der Streikbewegung anschlossen. Wie die „Voss. Ztg." hört, hat eine Vertrauensmännerversammlung den Eisenbahnerstreik für ganz Schlesien beschlossen. Derselbe soll am Mittwoch beginnen.

Eisenbahnerstreik in ganz Mitteldeutschland?

(TU) Eine nicht öffentliche große Versammlung der Eisenbahner in Magdeburg verlief außerordentlich stürmisch. Von vielen Rednern wurde der sofortige Eintritt in den Streik gefordert, doch gelang es den besonneneren Elementen, den Streikbeschluß auszusetzen. Es wurde beschlossen, eine Abstimmung über den Streik in allen Betrieben und Dienststellen des Direktionsbezirkes Magdeburg vorzunehmen. Die Abstimmung muß bis zum 14. Januar beendet sein. Mit anderen Dienstbezirken soll sofort zur Herbeiführung einer einheitlichen Aktion in ganz Mitteldeutschland Fühlung genommen werden.

Belagerungszustand im besetzten Gebiet.

(TU) Ueber die Streikgebiete ist gestern früh von der britischen Militärbehörde der Belagerungszustand verhängt worden. Männliche Personen dürfen die Straße nur in Abständen von 5 Metern einzeln passieren.

Zum Rücktransport der Kriegsgefangenen

(TU) Gegenüber der Nachricht, daß infolge des Streiks der Eisenbahner deutscherseits das zum Abtransport der Kriegsgefangenen nötige Material nicht rechtzeitig gestellt werden konnte, teilt der Chef der Fürsorgeabteilung für heimkehrende Kriegsgefangene des Reichswehrministeriums mit, daß bis jetzt von französischer Seite noch keine Anforderungen von Transportmaterial ergangen sind. Gestern haben sich ein Vertreter der Admiralität und ein Vertreter der Eisenbahnabteilung nach Paris begeben, um die Einzelheiten des Abtransports der Kriegsgefangenen zu besprechen. Man rechnet im Reichswehrministerium mit einer glatten Abwickelung des Rücktransports der Gefangenen. Es ist nicht beabsichtigt, wie bei der Rückkehr der Gefangenen aus England, auf die Aufnahmelager im Osten zurückzugreifen. Die Lager im Westen Deutschlands sind für eine verstärkte Aufnahmefähigkeit eingerichtet, und über die Weser hinaus sollen Lager nicht mehr in Anspruch genommen werden.

Sabotage der Telegraphenarbeiter im Industriebezirk.

(TU) Die streikenden Telegraphenarbeiter haben durch Sabotage den Telegraphen- und Telephonverkehr im ganzen Industriegebiet erheblich geschädigt. Von den maßgebenden Stellen ist einwandfrei festgestellt worden, daß es sich um ein von langer Hand vorbereitetes Komplott handelt. Die Streikenden haben nicht nur einzelne Drahtverbindungen durchschnitten, sie haben auch an zwei Stellen ganze Kabel mit je 25 Leitungen zerhackt. Aufseher und Vorarbeiter sind seit Sonnabend an der Arbeit, die Störungen zu beheben. Die Streikenden versuchten, diese Beamten an der Ausübung ihrer Tätigkeit zu hindern. Anscheinend unter dem Druck des Ausnahmezustandes haben sich die Streikenden bereit erklärt, für die Wiederherstellung der Anschlüsse für gemeinnützige Zwecke die Beamten zu unterstützen. Zurzeit finden in Berlin Verhandlungen zwischen den Vertretern der Telegraphenarbeiter und des Reichspostministeriums statt.

Kundgebung der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung.

(W) Folgende gemeinsame Kundgebung der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung wird mitgeteilt:

Der Tag des Friedensschlusses, mit dem die Zeit der schwersten Lasten und Leistungen für uns anbricht, trifft Deutschland inmitten einer neuen Streikbewegung. Die Eisenbahnen stehen in vielen Teilen des Vaterlandes still. Manche Städte sind ohne Lebensmittelzüge, ganze Provinzen ohne Heizung und Beleuchtung. Was wir in dem unglücklichen Wien miterlebten, ein Massensterben der Säuglinge und Greise, kann auch bei uns ausbrechen, wenn keine Milchzüge mehr kommen. Und warum? Nicht, weil die Eisenbahnarbeiter jetzt noch einen wirtschaftlichen Kampf auszufechten haben unter dem Zwange der Not. Der von vielen verlangte Lohntarifvertrag soll mit Rückwirkung vom 1. Januar gelten, die Tarifverhandlungen sind im besten Gange, und werden von beiden Parteien in voller Einmütigkeit geführt. Neun Direktionsbezirke haben die Stundenlöhne bereits um durchschnittlich 1 Mk. erhöht. Eine ähnliche Erhöhung steht für die übrigen Bezirke in Aussicht. Der Beamtenschaft ist eine Teuerungszulage von 150 Proz. zugesagt, das heißt, eine Mehrbelastung von mehreren Milliarden, eine Verfechsfachung des Friedenstarifes für Personen und Güter. Damit fällt jeder Grund für den wirtschaftlichen Kampf weg. Gewissenlose Elemente außerhalb der Organisation führen aber den politischen Kampf gegen das Volk auf Kosten des Volkes. Sie wollen das Volk zermürben durch Hunger, Kälte und Tod. Und die Folgen nach außen? Der Friedensschluß stellt uns vor schwere Pflichten. Die Besatzungstruppen der Entente sind in die Besatzungsgebiete zu transportieren, Kohlen, Maschinen, Heeresgerät, Milchkühe und vieles andere ist abzuliefern, alles in bestimmten Fristen. Bleiben wir mit unseren Vertragspflichten im Rückstand, so drohen uns neue Repressalien. Die endlich erreichte Rückkehr unserer kriegsgefangenen Brüder, die seit gestern abtransportiert werden, darf auch nicht um eine Stunde verzögert werden. Wollen sich die Angehörigen der Kriegsgefangenen solch frevelhaftes Spiel gefallen lassen? Nein! Die preußische und die Reichsregierung rufen dem ganzen Volke zu: Laßt Euch diese Bedrohung nicht bieten, steht zur Regierung, die dieser gewissenlosen Verlockung mit allen, auch den strengsten Maßnahmen entgegentreten wird. Der Beamtentarifvertrag fordert für die Allgemeinheit kaum erschwingliche Mittel. Damit ist die Grenze erreicht. Alle die wilden Forderungen wilder, außerhalb der Organisationen stehenden Agitatoren vor allem nach Bezahlung der Streiktage sind ein für allemal abgelehnt. Die preußische und die Reichsregierung fordern die Eisenbahnarbeiter im Namen und im Interesse des gesamten Volkes auf, ihren Dienst sofort wieder zu beginnen. Jeder weitere Streiktag zwingt den Hungerrentnern der feiernden Arbeiter enger und beschwört äußeres und inneres politisches Elend herauf. Laßt nicht weiter mit Euch spielen, sagt die Verführer von Euch. Macht Euch nicht zu Mitschuldigen am Unglück Eurer Nachbarn und Arbeitsgenossen. Denkt an die Kriegsgefangenen, die durch Euer Vorgehen an der Schwelle der Heimat von Frau und Kind abgesperrt sind. Wir werden mit aller Macht und allem Nachdruck diese Folgen zu verhindern suchen. Wo es not tut, wird auf Grund des § 48 der Reichsverfassung der Ausnahmezustand verhängt werden. Es geht nicht um Politik und Partei, es geht um das Dasein von uns allen. Wer das Leben seines Volkes will, kämpfe mit uns gegen die Zerstörer.

Berlin, 11. Januar, 1920.

Die Reichsleitung.
(gez.) Bauer, Koch, Bell.
Die preußische Staatsregierung.
(gez.) Hirsch, Heine, Oeser.

Ein Abschiedswort für die ausscheidenden Landesbrüder.

Die Reichsregierung und der Reichspräsident haben folgende Kundgebung erlassen:

An die deutsche Bevölkerung der aus dem Reichsverbande ausscheidenden Landesbrüder!

Der unglückliche Ausgang des Krieges hat uns wehrlos der Willkür der Gegner preisgegeben und legt uns unter dem Titel des Friedens die schwersten Opfer auf. Das Schwerste aber, was man uns auferlegt, ist der Verzicht auf deutsche Gebietsteile im Osten, Westen und Norden. Unter Nichtachtung ihres Rechtes auf nationale Selbstbestimmung werden Hunderttausende von deutschen Volksgenossen fremder Staatsgewalt unterstellt. Deutsche Brüder und Schwestern! Nicht nur in der Stunde des Abschiedes, sondern immer wird die Trauer über diesen Verlust unser Herz erfüllen, und wir geloben Euch im Namen des gesamten deutschen Volkes, daß wir Euch nimmer vergessen werden. Auch Ihr werdet das gemeinsame deutsche Mutterland nicht vergessen, dessen sind wir gewiß. Ueber die zerrissene Staatsgemeinschaft hinaus werden Eure Herzen Treue halten der deutschen Stammes- und Kulturgemeinschaft, die ein Nährquell Eures Geisteslebens war und jederzeit bleiben wird. Seien wir in dieser schweren Stunde des Verlustes des Köstlichen bewußt, was uns als gemeinsames Gut bleibt, was keine Macht der Erde uns rauben kann. Gemeinsam bleibt uns die Sprache, die uns die Mutter lehrte, gemeinsam die Welt der Gedanken, der Worte, der Töne und der Bilder, in denen die großen Geister unseres Volkes nach dem höchsten und edelsten Ausdruck deutscher Kultur gerungen haben. Mit allen Fasern des Denkens und Lebens und ganzen Seins bleiben wir verbunden. Was von unserer Seite geschehen kann, um Euch die Muttersprache, die deutsche Eigenart, den innigen geistigen Zusammenhang mit dem Heimatlande zu erhalten, das wird geschehen. Wie es schon, soweit durch Verhandlungen möglich war, unsere vornehmste Sorge war, Euch trotz der Trennung Eure nationalen Lebensrechte zu bewahren, so werden wir nicht aufhören, dafür einzutreten, daß die gegebenen Zusagen gehalten werden. Unsere Schulen aber und alle unsere Einrichtungen für die Bildung des Geistes, für die Pflege der Wissenschaften und Künste sollen Euch auch fernerhin wie bisher offen stehen. Herüber und hinüber soll jeder Austausch gepflegt und jedes geistige Band geschützt und gestärkt werden. Der unermeßliche und unversiegbare Schatz an geistigen Gütern, den das deutsche Volk besitzt, gehört Euch mit. Seine nationale bindende Kraft wird sich bewähren. — Seit Jahrhunderten war es schon das Schicksal unseres Volkes, daß zahlreiche Deutsche außerhalb des deutschen Staatsverbandes unter fremder Herrschaft standen. Wo auch immer inmitten fremden Volkstums ihre Siedlungen stehen, sie haben die deutsche Eigenart und auch den geistigen Zusammenhang mit dem deutschen Mutterlande in den schwersten Zeiten bewahrt und die Kraft ihrer nationalen Kultur über weite Gebiete ausgestrahlt. Ihre Arbeit wird Euch vorbildlich sein für die schweren Aufgaben, die ein herbes Geschick Euch auferlegte. Deutsche Herzen verzagen nicht, und deutscher Wille findet den Weg, sich zu behaupten. Seid gewiß: Unsere Teilnahme, unsere Sorgen und unsere Liebe sollen Euch unverbrüchlich erhalten bleiben.

In diesem gegenseitigen Vertrauen wollen wir uns in der schweren Stunde der äußeren Trennung unserer unlösbaren inneren Gemeinschaft in erhöhtem Maße bewußt werden. Ueber alle Grenzpfähle hinaus bleibt das deutsche Volkstum ein einziges Ganze. Seid stark mit uns in dem Glauben, daß das deutsche Volk nicht untergehen wird. Aus der tiefen Trübsal der Stunde wird es sich herausarbeiten. Von der schwer errungenen freiheitlichen Grundlage aus wird es durch Entfaltung aller guten Kräfte den Aufstieg gewinnen zu höchster politischer, wirtschaftlicher und sozialer Kultur.

Volksgenossen! Mit der gewaltsamen Trennung ist Euch und uns Unrecht geschehen. Das Recht der Selbstbestimmung ist der deutschen Bevölkerung versagt worden. Wir werden die Hoffnung nicht aufgeben, daß auch Euch eines Tages dieses nationale Grundrecht zugesprochen wird. Darum wollen wir uns trotz allen Schmerzes voll Hoffnung und Zuversicht in dieser Stunde zurufen: Treue um Treue! Für die Rechte unseres Volkstums wollen wir miteinander einstehen alle Zeit und mit ganzer Kraft!

Reichspräsident Ebert.
Reichsregierung:
Bauer, Schiffer, Koch, Dr. Weyl, Dr. Mayer, Dr. David, Müller, Erzberger, Noske, Dr. Geßler, Schlicke, Giesberts, Schmidt.

Das Betriebsrätegesetz in der Nationalversammlung.

(TU) Die Sitzung der Nationalversammlung beginnt heute nachmittag drei Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Betriebsrätegesetzes. Die Mehrheitssozialdemokraten haben brieflich und telegraphisch ihre Abgeordneten aufgefordert, unter allen Umständen vollzählig zu erscheinen. Die demokratische Fraktion hat dasselbe getan. Die sozialdemokratische Fraktion beabsichtigt, alle ihr über das Kompromiß hinausgehenden Anträge wieder einzubringen und darüber abstimmen zu lassen. Die demokratische Fraktion und das Zentrum dürften in diesem Falle auch ihre alten Anträge wieder einbringen. Für heute sind in Berlin große Sicherheitsmaßnahmen vorgesehen. Vor allem wird der Platz vor dem Reichstagsgebäude von der Sicherheitswehr abgesperrt werden.

Tagesereignisse.

— **(Deutschland und die Ver. Staaten.)** Die Regierung der Ver. Staaten hat Deutschland formell mitgeteilt, daß die Bedingungen des Waffenstillstandes für die Beziehungen zwischen den Ver. Staaten und Deutschland maßgebend sind.

— **(Die Besetzung Oberschlesiens durch die Entente.)** Am Donnerstag, den 15. d. Mts., findet die Besetzung von Oberschlesien durch die Entente statt.

— **(Keine Rückkehr der Hohenzollern und Habsburger.)** Die Preßinformation meldet aus Paris: Der Oberste Rat hat dem Antrage Englands und Frankreichs zugestimmt, wonach die alliierten Mächte die Wiederkehr der Hohenzollern nach Deutschland und der Habsburger nach Oesterreich oder Ungarn aufs energischste untersagen.

— **(Eine Wahlniederlage der Unabhängigen und Kommunisten.)** Sonntag haben die Delegiertenwahlen für den Zentralverband der Angestellten in Berlin stattgefunden. Sie endeten mit einer vollständigen Niederlage der unabhängigen Sozialdemokraten und Kommunisten. Diese beiden Parteien konnten nur 4980 Stimmen auf ihre Liste vereinigen, und zwar von insgesamt 17 523 abgegebenen Stimmen.

— **(Das Ende des Versicherungsstreiks.)** In den Berliner Versicherungsanstalten sind die Angestellten gestern vollzählig und pünktlich an ihren Arbeitsstätten erschienen. Die Arbeit ist in vollem Umfange wieder aufgenommen worden.

— **(Leipzig vor dem Generalstreik.)** In Arbeitgeberkreisen rechnet man in den nächsten Tagen bestimmt mit dem Ausbruch des Generalstreikes und trifft bereits Gegenmaßnahmen. Geplant soll ein eintägiger Proteststreik gegen das Betriebsrätegesetz sein, an den sich dann der politische Massenstreik anschließen soll, mit dem ausgesprochenen Ziel des Sturzes der Regierung. Die Lage in Leipzig ist sehr ernst und drängt zur Entscheidung. Von militärischer Seite sind umfangreiche Vorkehrungen getroffen worden.

— **(Lebensmittelschiebungen in Charlottenburg.)** Im Charlottenburger Magistrat sind umfangreiche Schiebungen mit Lebensmittelkarten aufgedeckt worden. Sechs Hilfsarbeiter wurden verhaftet.

— **(Auswachsen der bayerischen Königspartei.)** In ihrer letzten Tagung gab die bayerische Königspartei, die die Wiederherstellung der Monarchie in Bayern und Deutschland betreibt, bekannt, daß in den acht Wochen ihres Bestehens die Zahl der Mitglieder 150 000 übersteigen habe.

Neue Kaiserbriefe an den Zaren.

Aus den von der „Vossischen Zeitung" veröffentlichten Kaiserbriefen nimmt der nachfolgende, der unmittelbar nach dem Ausbruch des russisch-japanischen Krieges geschrieben wurde, auf den japanischen Flottenhandstreich vor Port Arthur in der Nacht vom 7. zum 8. Februar. Der Brief, in dem wir einige unwichtige Stellen weglassen, lautet:

„Berlin, 11. Februar.

Liebster Nicki!

Der Ausbruch der Feindseligkeiten hat für Deine tapfere Flotte traurige Folgen gehabt, die mich tief bewegt haben! Wie könnte es auch anders sein, da ich doch russischer Admiral und auf diesen Rang stolz bin! Die ernsten Ereignisse beweisen offensichtlich, daß die warnenden Mitteilungen, die ich Dir in meinen Chiffre-Depeschen senden konnte, durchaus zutreffend waren und daß die japanische Regierung schon lange Ernst machte und den Krieg beschlossen hatte. Ich kann mir wohl vorstellen, wie sehr es Dir zu Herzen gehen muß, daß alle Deine Bemühungen, den Frieden aufrechtzuerhalten, fruchtlos geblieben sind. Aber andererseits gibt Dir dies ein gutes und reines Gewissen, und das läßt, wie ich oft sagte, den Menschen ohne Tornister und Gepäck ins Gefecht marschieren. Es scheint, der Himmel — auf dessen Hilfe und Willen wir beide bauen — hat es gewollt! Dann mußt Du diese Ereignisse im Licht einer Prüfung für Dich und Dein Land betrachten, die es Dir und ihm ermöglichen soll, alle guten Eigenschaften, die in den Russen schlummern und die sie schon einmal in den großen Zeiten der ersten Jahre des 19. Jahrhunderts an den Tag gelegt haben, zu zeigen und zu entfalten.

Es ist mein Wunsch, daß womöglich ein Prinz meines Hauses Deine Truppen als Zuschauer begleiten soll, um die Kriegskunst zu erlernen. Ich würde dann meinen Schwager, den Prinzen Friedrich Leopold, wählen. Sei versichert, daß meine Gedanken sich Tag und Nacht mit Euch beschäftigen!"

In einem weiteren Brief vom 29. März 1904 erzählt Wilhelm II. dem Zaren seine Reiseeindrücke vom Mittelmeer und kommt dann plötzlich auf die Handelsvertrags-Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland zu sprechen. Die deutschen Handelsverträge waren Anfang des Jahres gekündigt worden. Der Kaiser schreibt:

„Nebenbei bemerkt, ersehe ich aus den Zeitungen, daß in unseren Handelsverträgen anscheinend eine Stockung eingetreten ist. Vermutlich haben sich die Geheimräte um Tschirnowitz einem süßen Schlummer hingegeben, nachdem sie eine Menge Tinte vergossen haben, mehr als gut ist. Ich gäbe etwas darum, wenn ich zusehen könnte, wenn Du plötzlich mit Deiner kaiserlichen Faust auf den „grünen Tisch" schlügest und die trägen Leute hochführen! Schließlich kann man doch nicht ewig warten; es sind ohnehin schon viele Monate vergeudet worden. Die Aussicht auf ein hübsches Pickrick in Stöhmen würde gewiß Wunder wirken. Vielleicht würde es dazu beitragen, das Tempo der Dinge zu beschleunigen, wenn Du eine gewichtige Persönlichkeit nach Berlin geradewegs zu Bülow schicken möchtest, um die Sache mit ihm persönlich ins Reine zu bringen; einen Mann von ausgezeichneten Fähigkeiten, der in diesen Dingen wohl bewandert ist; das hätte eine gute Wirkung!"

Mit der Führung der russischen Truppen durch Kuropatkin im Kriege gegen Japan beschäftigt sich in der Hauptsache ein Brief vom 6. Juni 1904:

„Liebster Nicki! Deine Bemerkung über Kuropatkin war für mich eine wahre Enthüllung. Ich wundere mich sehr über seine Kurzsichtigkeit, daß er Deinen Befehlen nicht unbedingt gehorchte. Er hätte Deine Ratschläge um so mehr befolgen müssen, als Du doch selbst in Japan gewesen und daher ein viel sachkundigerer Beurteiler bist als er. Ich hoffe nur, der Himmel will, daß der General nicht den Erfolg Deiner Streitkräfte dadurch gefährden wird, daß er sie leichtsertig einem „Echec" aussetzt, bevor nicht alle Reserven zu ihm gestoßen sind. Das alte Wort Napoleons gilt noch: „La gloire est avec le grands bataillons!" Man kann für die Schlacht nie zu stark sein; hauptsächl. was die Artillerie betrifft; eine absolute Ueberlegenheit muß ohne Frage hergestellt sein, um den Sieg zu sichern.

Ich hatte eine interessante Unterredung über den Krieg mit dem französischen Militärattaché. Auf meine Bemerkung, daß ich es für sehr erstaunlich hielte, daß die Franzosen als Deine „Verbündeten" nicht ihre Flotte hinschickten um Port Arthur offenzuhalten, bis Deine Ostseeflotte dort eingetroffen sei, antwortete er, dies wahr, die Franzosen hätten aber mit andern Mächten zu rechnen. Nach vielen Anspielungen und Winken fand ich heraus, daß das englisch-französische Uebereinkommen die eine hauptsächliche Wirkung hat, nämlich die Franzosen zu verhindern, Dir zu helfen! Ich bin überzeugt, England wird demnächst seine Bemühungen erneuern, Dir Vermittlungsvorschläge zu machen. Dies ist tatsächlich, wie ich weiß, die besondere Mission Hardinges, obwohl Du die Vorschläge schon so energisch zurückgewiesen hast, was auch ein überaus starkes Stück von Englands Seite ist, da der Krieg doch eben erst begonnen hat; er fürchtet für sein Geld und möchte gern Tibet billig bekommen. Ich werde versuchen, Onkel Bertie, sobald ich ihn sehe, davon abzuhalten, Dich noch länger mit solchen Vorschlägen zu behelligen. Sollte im Laufe der Ereignisse Dir eine Vermittlung ratsam erscheinen, so ist es klar, daß der erste Wunsch in dieser Richtung von Dir kommen muß, und Du kannst sicher sein, daß ich auch immer zu Deiner Verfügung stehen werde! Ich bin gespannt, was ich von Onkel Bertie in Kiel hören werde. Je enfalls werde ich Dich auf dem Laufenden halten."

Die Kohlenlage im Jahre 1919.

Die ausschlaggebende Bedeutung der Kohlenförderung und -verteilung für unser gesamtes Wirtschaftsleben ist allgemein bekannt. Ohne Kohle — kein Licht, keine Wärme, keine Arbeit und kein Brot. Unsere Existenz hängt in erster Linie von der Kohlenversorgung ab. Es gibt keinen Menschen, dessen persönlichstes Interesse hiermit nicht aufs engste verknüpft wäre. Es erscheint daher angebracht, den breitesten Kreisen einmal ein genaues und klares Bild über die Kohlenlage zu geben. Die Mitteilungen aus dem Reichswirtschaftsministerium schreiben:

A. Förderung.

Die Förderung erreichte im Monat Oktober ihren Höhepunkt. Die genauen Ergebnisse für November und Dezember liegen noch nicht vor; doch liegen sie jedenfalls unter den Ergebnissen des Monats Oktober. Ueber diese und über die Gesamtförderung der Monate Januar bis Oktober im Vergleich zu den früheren Jahren gibt folgende Zusammenstellung Aufschluß:

Oktober.

Im Jahre	Steinkohlen t	Braunkohlen t	Koks t	Preßkohlen aus Steinkohlen t	Preßkohlen aus Braunkohlen (auch Naßpreßsteinen t
1919	10978524	9047517	2019320	400742	1930256
1918	14060548	8862571	2963654	450110	1961827
1917	15281235	8821045	2848463	483540	2099169
1916	13074822	8031410	2815743	463231	1997297
1913	16941570	8191740	2765242	512256	1961351

Januar bis Oktober.

1919	95591997	77614903	17927937	3850935	16478981
1918	140190382	87229160	29271478	4701738	20375873
1917	139377283	78861185	27990642	4475609	18280598
1916	133599937	79011409	27410334	5310686	20516766
1913	160615852	72323866	26861798	4918594	17935076

Die Förderung hat hiernach auf allen Gebieten der Brennstoffwirtschaft im Laufe des Jahres eine Zunahme erfahren. Nach dem Ergebnis der letzten Monate läßt sich sagen, daß die Steinkohlenförderung jetzt wieder 65 bis 70 Prozent der Vorkriegsförderung beträgt, während sie im ersten Halbjahr 1919 auf 55 Prozent herabgegangen war. Die Braunkohlenförderung bewegt sich etwa auf der Höhe von 1917 und liegt über der Vorkriegsförderung. Hierbei ist jedoch der große Eigenverbrauch der im Kriege entstandenen Stickstoff-, Aluminium- und Elektrizitätswerke zu berücksichtigen.

Die Erzeugung an Braunkohlenbriketts nähert sich allmählich wieder dem früheren Stande, ohne ihn bisher ganz erreicht zu haben.

B. Gründe für den Rückgang der Förderung.

Die Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau von 8½ Stunden unter Tage auf 7½ und später auf 7 Stunden bedeutet eine Verringerung der reinen Arbeitszeit unter Tage von über 20 Prozent. Dieser Umstand in Verbindung mit dem Mangel an Hauern erklärt zum größten Teil die stark verringerte Tagesleistung der Bergwerke. Die Leistung der Untertagearbeiter je Kopf und Arbeitsstunde hat dagegen im Laufe des Jahres 1919 die Friedenshöhe wieder ungefähr erreicht. Die erforderliche weitere Steigerung der Kohlenförderung ist unter diesen Umständen zu großem Maßstab nur durch eine gewaltige Vermehrung der Belegschaft zu erzielen, die ihrerseits wieder einen großzügigen Wohnungsbau zur Voraussetzung hat.

Die Neigung zu Sonderschichten, Ueberschichten und Nebenschichten ist im Bergbau verhältnismäßig gering. Die allgemeine Erschöpfung infolge des Krieges und der Ernährungsverhältnisse in Verbindung mit dem Mißtrauen der Bergarbeiter gegen etwaige Versuche, wieder längere Schichtdauer einzuführen, haben bisher ein regelmäßiges Verfahren von Ueberstunden und dergleichen verhindert.

Zu der dauernden Herabsetzung der Förderung um ein Drittel traten für die Kohlenversorgung Deutschlands im Jahre 1919 noch folgende ungünstige Umstände hinzu: Umfangreiche Streiks, besonders im Monat April an der Ruhr, die einen nicht wieder einzubringenden Ausfall an Kohlen zur Folge hatten, in Verbindung mit dem Mangel an ausreichender Bevorratung der Eisenbahnen und der sonstigen lebenswichtigen Betriebe, ferner die infolge der Abgabe von Eisenbahnbetriebsmitteln an die Entente und ungenügender Leistung der Eisenbahnwerkstätten im ganzen Jahr außerordentlich gespannte Verkehrslage und endlich die Kohlenlieferungen an die Entente selbst.

In technischer Beziehung muß noch vieles im Bergbau nachgeholt werden, wenn die Vorkriegsleistung oder noch eine höhere Leistung mit den verkürzten Schichten erreicht werden soll. Die Ausführung der erforderlichen Ersatz- und Neuanlagen wird durch die gewaltige Steigerung der Materialpreise sowie auch durch den allgemeinen Rohstoffmangel erschwert und verzögert. Das Reichswirtschaftsministerium hat jedoch anerkannt, daß die Bergwerke unter allen Umständen in die Lage versetzt werden müssen, sich technisch wieder auf die Höhe zu bringen. Hiernach wird sich auch die Kohlenpreispolitik der nächsten Zeit zu richten haben.

C. Finanzielle Ergebnisse, Lohn- und Preisverhältnisse.

Geschäftliche Zusammenbrüche sind bei den Bergwerksunternehmungen kaum vorgekommen. Im allgemeinen hat man bei der Genehmigung der Kohlenpreise stets rechtzeitig soweit nachgeben, daß trotz der steigenden Betriebskosten die notwendigsten Arbeiten ausgeführt werden konnten und die Bergwerksbetriebe nicht zum Erliegen kamen. Außerdem ist die Bildung von Ausgleichskassen in den Hauptbergrevieren veranlaßt worden, um Werke mit ungünstigen Förderungsverhältnissen und entsprechend hohen Gestehungskosten durch die günstiger arbeitenden Werke über Wasser halten zu können. Infolge der Streiks hat sich allerdings nicht vermeiden lassen, daß zahlreiche Betriebe gewaltige Verluste erlitten haben und dadurch in ihrer Kreditfähigkeit und in ihren Möglichkeiten zur Beschaffung von Kapital für Erneuerungen und Erweiterungen mehr oder minder beeinträchtigt worden sind.

Bei der Kohlenpreisbildung wurde von seiten des Reichswirtschaftsministeriums stets der Standpunkt eingenommen, daß die für Lohnerhöhungen oder sonst für Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters aufzuwendenden Beträge ohne weiteres auf den Kohlenpreis geschlagen werden durften. Seit dem Herbst des Jahres wurde es für notwendig erachtet, eine Neuprüfung der gesamten Selbstkosten des Bergbaus in den verschiedenen Gebieten vorzunehmen. Diese Prüfungen führten dazu, den Bergwerken als Ausgleich für die stark gestiegenen Material- Löhne und für Ersatz- und Neuanlagen weitere Kohlenpreiserhöhungen zu genehmigen oder Verhandlungen darüber einzuleiten. Die Steinkohlenpreise haben sich unter diesen Umständen im Laufe des Jahres um mehr als verdoppelt, d. h. gegen die Vorkriegszeit etwa versiebenfacht. Auch die Braunkohlenpreise haben sich nahezu im gleichen Verhältnis erhöht.

D. Belegschaftszahlen.

Die Gesamtbelegschaft im deutschen Steinkohlenbergbau betrug vor dem Kriege 653 200 Mann, im November 1918 war sie auf 535 600 Mann gesunken und ist im Laufe des Jahres 1919 allmählich auf über 710 000 Mann gestiegen.

Ein genaueres Bild für die Zunahme der ständigen Belegschaft geben folgende Zahlen für die Ruhr und Oberschlesien: Dort betrug im Oktober 1918 die Belegschaft zusammen 502 000 Mann, wovon 108 700 auf Kriegsgefangene entfielen. Der bei Abrechnung der Kriegsgefangenen sich ergebende Bestand der Belegschaft von 493 300 hat sich bis Ende Oktober 1919, d. h. im Laufe eines Jahres, auf 604 000 Mann vermehrt. Im Durchschnitt des Jahres 1913 hatte die Belegschaft in den beiden Revieren nur 514 000 Mann betragen.

Die Belegschaftszahlen im Braunkohlenbergbau sind teilweise erheblich höher als vor dem Kriege und sind auch in allen Revieren im Laufe des Jahres 1918 nennenswert gestiegen.

E. Bewirtschaftung der Kohle.

Die Führung der Kohlenwirtschaft ist Ende November 1919 an den auf Grund des Kohlenwirtschaftsgesetzes gebildeten Reichskohlenrat, den Reichskohlenverband und die diesen zusammensetzenden Syndikate übergegangen. Sie ruht daher jetzt in den Händen dieser auf Selbstverwaltung gegründeten Wirtschaftsorganisationen, soweit nicht die Kohlenknappheit nach wie vor zu Sondermaßnahmen des Reichskommissars für die Kohlenverteilung zwingt, die der Regelung auf Grund des Kohlenwirtschaftsgesetzes vorangehen. Wann ein Abbau der Zwangswirtschaft des Reichskohlenkommissariats möglich ist, kann zurzeit noch nicht übersehen werden. Es erscheint jedoch aussichtsvoll, die Aufgaben der zentralen Kohlenerfassung und Kohlenverteilung unter Aufsicht des Reichs mehr und mehr in die Hände der Kohlenselbstverwaltung zu legen, in dem Maße, wie die neuen Selbstverwaltungskörper sich diesen Aufgaben gewachsen zeigen.

Geldüberschwemmung.

W. B. Eine der bedenklichsten Erscheinungen unserer Finanz- und Wirtschaftslage ist die zunehmende Ueberschwemmung unserer Wirtschaft mit Geldscheinen. Der zuletzt veröffentlichte Reichsbankausweis vom 23. Dezember v. J. gibt ein deutliches Bild von der Steigerung des Geldumlaufes während des Krieges. Während im Juli 1914 bei einem Goldbestand von 1357 Millionen Mark der Banknotenumlauf kaum das Doppelte, 2500 Millionen Mark, betrug, befanden sich am 23. Dezember v. J. 1039 Mill. Mark Gold in der Reichsbank und 34 126 Mill. Mark Banknoten sowie 13 598 Millionen Mark Darlehnskassenscheine im Verkehr. Allein in den letzten vier Monaten sind 5½ Milliarden Mark, im letzten Jahre 15 Milliarden Mark Papiergeld von der Reichsbank in Umlauf gesetzt worden. Die gewaltige Steigerung des Papiergeldumlaufes hängt mit dem fast ununterbrochenen Emporschnellen der Warenpreise und Löhne eng zusammen. Die Preise insbesondere sind in den letzten Monaten auf allen Marktgebieten beträchtlich gestiegen. Das beständige Sinken unserer Valuta hat außerdem die importierten Lebensmittel und Rohstoffe beträchtlich verteuert. Da mehr als in Friedenszeiten heute die Barzahlung üblich ist, so haben die gestiegenen Preise eine wachsende Nachfrage nach Zahlungsmitteln zur Folge, die bei dem Mangel an Edelmetallen naturgemäß nur aus Banknoten und Darlehnskassenscheinen bestehen können. Eine weitere Ursache des dauernd gesteigerten Zahlungsmittelbedarfs ist die noch immer nicht auszurottende Thesaurierung, d. h. die Ansammlung von Papiergeld durch Private. Es gibt noch immer Leute, welche aus Steuerscheu ihr Vermögen oder ihre Ersparnisse nicht auf die Bank oder die Sparkasse tragen, sondern ganze Stöße von Banknoten im Geldschrank, im Kleiderspind oder gar im Strickstrumpf verstecken. Sie glauben mit solcher Steuerhinterziehung dem Staate ein Schnippchen zu schlagen und schädigen sich doch selbst damit am meisten; denn was dem Verkehr an Banknoten künstlich entzogen wird, muß die Reichsbank wieder in Umlauf setzen. Je höher aber die Banknotenflut steigt, desto tiefer sinkt unser Kredit und der Wert unserer Mark im Auslande, desto höher steigen hingegen unsere Warenpreise. Jedes Steigen der Warenpreise hat aber wiederum einen erhöhten Bedarf an papierenen Zahlungsmitteln zur Folge. So drehen wir uns beständig im Kreise, bis uns die Kräfte verlassen.

Weitere Nachrichten.

— (Willi und Nikki.) Daß der letzte deutsche Kaiser kein Verständnis für die wahre Natur seines „liebsten Nikki" gehabt hat, ergibt sich aus den weiteren Veröffentlichungen des deutschen Diplomaten Baron von Eckardtstein. Der letztere erhielt 1900 nach der Ermordung des deutschen Gesandten in Peking vom Kaiser den direkten Befehl, in Petersburg zu erklären, daß Deutschland für die militärische internationale Expedition nach China den Oberbefehl fordere. Kaiser Wilhelm nahm die Bewilligung dieser Forderung als so selbstverständlich an, daß er durch die Presse verbreiten ließ, Rußland habe Deutschland den Oberbefehl für China angeboten. In Wahrheit lehnte aber der Zar die Bitte des deutschen Kaisers in einer Unterredung mit Eckardtstein ab und war hinterher sehr entrüstet, daß das Gegenteil verbreitet war. Ein deutscher Oberbefehl über die internationalen Truppen durch den Feldmarschall Grafen Waldersee hat tatsächlich gar nicht bestanden, und Eckardtstein fügt hinzu, daß die internationalen Diplomaten auch diesen Anlaß wieder benützt habe, über den deutschen Kaiser Witze zu machen. Man kann sich denken, daß die deutschen Diplomaten bei diesem angenehmen Eingreifen des Kaisers, das sich nur zu oft wiederholte, keinen leichten Stand gehabt haben. Dem Zaren ist es aber schon Jahre vor dem Ausbruch des Weltkrieges gar nicht eingefallen, seinem „Bruder und Vetter Willi" irgendwie gefällig zu sein, wenn dies nicht zu den russischen Plänen und Interessen paßte.

— Der amerikanisch-japanische Gegensatz ist in seinem Ursprung eine wirtschaftliche, eine Arbeiterfrage. Denn der japanische Arbeiter ist viel billiger und ausdauernder wie der amerikanische, und was das bedenklichste ist, auch lernbegieriger. Die amerikanische Konkurrenz in Ostasien ist heute von Japan in der Hauptsache bereits lahmgelegt, dagegen wächst die japanische Konkurrenz in Nord- und Zentralamerika. Während des Krieges konnten neue Ausnahmegesetze gegen die „gelbe Einwanderung" natürlich nicht getroffen werden, und auch heute ist das nicht gut möglich, aber in dieser Arbeiterfrage liegt der Hauptgrund zu den amerikanisch-japanischen Gegensätzen, und sie wird um so stärker zur Entscheidung drängen, je kostspieliger die weiße Produktion in Amerika wird. Die amerikanische Regierung sieht das Gewitter kommen, daher auch die Bemühungen, eine lohnende und flotte Ausfuhr zu ermöglichen, die zu erträglichen Preisen Europa für die nächste Zeit zwar angenehm sein, aber unserem Erdteil keineswegs für immer gefallen wird. Besonders England nicht. Denn die übermächtige amerikanische Industrie muß die europäische Tätigkeit lähmen. Daran wird auch eine große amerikanische Anleihe für Europa nichts dauernd ändern, denn der japanische Keil wird drüben immer weiter treiben.

Das stolze Schweigen

Roman von H. Courths-Mahler.

66. Fortsetzung.

Als Ruth am Sonntag Morgen mit Miß Grace und Tante Nell nach Berlin abreiste, waren sie schon so vertraut miteinander, daß Ruth leichten Herzens davonzog. Wenn auch Miß Grace zuweilen verblüffend ungeniert war und auch ihr Mißfallen stets in offenherzigster Weise äußerte, so hatte sich Ruth doch bald daran gewöhnt. Und als sie von ihrer Mutter Abschied nahm, sagte sie aufatmend:

„Ich glaube, ich habe großes Glück gehabt, daß ich diese Stellung fand. Miß Grace läßt mich wenigstens nicht im Zweifel, wie ich mit ihr dran bin. Ich hätte es viel schlechter treffen können."

„Das ist auch meine Ansicht Kind", erwiderte Frau Dina. „Und vor allen Dingen habe ich die Beruhigung, daß du ein angenehm sorgloses Leben führen wirst in Villa Sund. Von deinem hohen Gehalt kannst du ev. manch noch zurücklegen, die Zinsen deines kleinen Kapitals brauchst du nicht anzurühren."

„Davon bin ich überzeugt und deshalb bitte ich dich, liebste Mama, verbrauche du meine Zinsen mit. Es ist mir ein bedrückendes Gefühl, daß ich wahrscheinlich in sehr guten Verhältnissen leben werde, während du dich so sehr einschränken mußt. Ich habe in den letzten Jahren nach Papas Tod dein kleines Kapital mit verbraucht — nun nimm du wenigstens die Zinsen von dem meinen, so lange ich sie nicht brauche."

Aber Frau Dina schüttelte energisch den Kopf.

„Keinesfalls tue ich das. Ich werde schon auskommen — hab keine Angst. Ich habe ja die Wohnung so billig und bin noch gut mit allem versorgt. Sei also ganz ruhig um mich."

So waren Mutter und Tochter geschäftig, gegenseitig in liebevollster Weise umeinander besorgt.

Als sich der Zug mit Ruth in Bewegung setzte und sie ihrer Mutter, die mit zum Bahnhof gekommen war, ein letztes Lebewohl zugewinkt hatte, verließ Ruth erst die Angst vor einem nochmaligen Zusammentreffen mit Walter von Ramsberg. Die ganzen Tage war sie von einer nervösen Unruhe beseelt gewesen, er könne ihr nochmals in den Weg laufen und sie von neuem bedrohen. Sie wußte ja nicht, daß er wie ein Einsiedler in Ramsberg hauste und mit keinem Menschen zusammenkam. Er war immer wie auf der Flucht vor sich selbst und vor etwas furchtbarem, was ihn unablässig verfolgte.

Miß Grace ließ Ruth nicht viel Zeit, ihren Gedanken und ihrem Trennungsschmerz nachzuhängen. Sie sorgte auch während der Reise für eine vergnügte Stimmung. Tante Nell brummte fast während der ganzen Fahrt und blinzelte nur zuweilen zu den beiden jungen Damen hinüber. In Berlin angekommen, wurden die Damen von einem sehr eleganten Auto, das auf sie wartete, aufgenommen. Sie fuhren nach Grunewald hinaus. Vor einer vornehmen Villa hielt der Wagen. Diese Villa lag auf einer kleinen Anhöhe inmitten eines großen Gartens, der nach der mit Linden bepflanzten breiten Straße terassenförmig abfiel. Straße und von einer breiten Terasse umgeben, die mit einer, von kleinen Sandsteinpfeilern getragenen Brüstung abschloß.

Der Auffahrt führte durch ein breites schmiedeeisernes Tor aufwärts zu dem festlichen Portal. Ein Glasdach, auf eisernen Säulen ruhend, schützte den Einzug und die breiten Stufen, die zum Portal führten.

Ein vornehmes Vestibül nahm die Damen auf, als sie eintraten. Dienerschaft war sogleich in genügender Anzahl vorhanden um den Damen beim Ablegen zu helfen und das Gepäck zu befördern.

Tante Nell befahl einer Dienerin, sie möchte Fräulein von Goseck nach ihrem Zimmer führen. Das geschah.

Ruth wurde in ein helles, freundliches Zimmer im zweiten Stock geführt, dessen Fenster nach dem hinteren Teil des Gartens hinaus lagen, also nicht nach der Straßenseite. Es war in ganz lichten Farben gehalten. Weiß lackierte Möbel, mit goldgrundigem Tausendblumenstoff bezogen, bildeten die Einrichtung. Weiße Scheibengardinen aus gepunktetem Tüll, mit goldfarbigen Schleifen zusammengehalten und Uebergardinen von demselben Tausendblumenstoff zierten die Fenster, vor denen ein kleiner Balkon lag. Das Zimmer war geräumig. Große weiße Schränke waren in die Wände eingebaut und hatten hohe Spiegeltüren. Ebenso war ein praktischer, großer Marmorwaschtisch mit Ausflußbecken in die Wand eingebaut, und die Kalt- und Warmwasserleitung darüber entwickelte Ruths besonderes Wohlgefallen. Kurzum, es war ein mit allem Komfort ausgestattetes Schlafzimmer.

Sie richtete sich gleich mit Hilfe der Dienerin ein, die Befehl erhalten hatte, ihr an die Hand zu gehen. In zwei Stunden war sie vollständig fertig, hatte auch schon Toilette gemacht zur Mittagstafel.

In einem großen, sehr gediegen und vornehm ausgestatteten Speisezimmer wurde sie von Miß Grace und Tante Nell schon erwartet.

(Fortsetzung folgt.)

Westfalen u. Rheinland.

Sitzung des Wirtschafts-Ausschusses.

Kamen, 13. Jan. Der Wirtschafts-Ausschuß hatte für Samstag zu einer Sitzung geladen, zu der auch der Vorstand des Landwirtschaftlichen Lokalvereins Unna erschienen war. Es galt der Frage näherzutreten: Wie können die Kartoffelanbau-Flächen vergrößert werden, um den Bedarf der Bevölkerung an Speisekartoffeln im Herbst d. J. sicherzustellen. Herr Stadtrat Siegler führte den Vorsitz und hieß eingangs die Mitglieder des Landwirtschaftlichen Lokalvereins willkommen. Die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen sei ins Auge zu fassen. Bis heute wäre die Belieferung nicht so, wie es erforderlich sei. Zu bedauern sei der Eisenbahnerstreik, der die Kartoffellieferung noch mehr in Frage stelle. Nun handele es sich darum, wie es im nächsten Jahre würde. Die Behörden wünschen den vermehrten Kartoffelanbau und deshalb habe der W.-A. eingeladen, um über diese Frage mit den Erzeugern zu beraten. Der W.-A. habe beschlossen, an jeden Landwirt, der 100 Pfd. Speisekartoffeln abliefere, 75 Pfd. gute, gelbfleischige Industriekartoffeln aus dem Osten zur Saat abzugeben. Vorerst kommen nur hiesige Landwirte in Frage, falls diese ihren Bedarf gedeckt, können auch andere Landwirte Saatkartoffeln eintauschen. Die Selbstkosten, zu denen die Kartoffeln auch ausgegeben werden sollen, betragen 22 Mark je Zentner. Das Angebot ist als günstig zu bezeichnen, als die Belieferung mit Saatkartoffeln im Frühjahr doch sehr in Frage gestellt ist, wenn auch der Kommissionär solche in sichere Aussicht glaube stellen zu können. Viele Kartoffeln aus den Hauptlieferkreisen des Ostens sind in der Erde oder auf dem Transport erfroren. Die Notlage, besonders in den Großstädten, ist derart, daß man allenthalben in die Saatkartoffel-Bestände hat eingreifen müssen. Herr Brinkmann-Overberge bemerkte, daß es den Landwirten schwer fallen würde, das Tauschgeschäft einzugehen. Auch diese seien streng rationiert und hätten kein Brot mehr als sie haben dürften. Das Amt Pelkum habe bereits 20 Prozent der Saatkartoffeln ausgeben müssen. Dazu komme, daß die Landwirte wenig Saatkartoffeln zurückbehielten, um andere zu beziehen. Wenn gute Saatkartoffeln geliefert würden, hätten die Bezieher im nächsten Jahre den Profit davon. Herr Poth-Derne betonte auch, daß es schwer sei, Kartoffeln abzugeben, lieber wolle man mehr dafür zahlen. Dazu wird aber bemerkt, daß der Stadt weniger an Geld als an Kartoffeln gelegen sei. Wenn der gute Wille da sei, könne man im Interesse der Allgemeinheit wohl die 25 Pfund aufbringen. Auf Vorschlag des Vorsitzenden erklärte sich der Vorstand des L.-V. bereit, auf seine Mitglieder hinzuwirken, die Kartoffeln einzutauschen und zwar baldmöglichst, auch zu befürworten, daß mehr Kartoffeln angebaut werden. Es wurde dabei aber betont, daß es besonders an der Lieferung von Saatkartoffeln und des künstlichen Düngers (Ammoniak usw.) liege, ob mehr angebaut werden könne. Alles Land eigne sich auch nicht für den Kartoffelanbau. Wenn die Höchstpreise nicht erhöht würden, dann wäre ein erhöhter Anbau ausgeschlossen. Der Landwirt könne nicht für 7,50 Mark verkaufen, wenn er selbst für den Zentner Saatkartoffeln 22 Mark neben müsse, dazu die riesig erhöhten Kosten für künstlichen Dünger, Löhne usw. Gewünscht wurde als Höchstpreis der Preis, der für auswärtige Kartoffeln gezahlt wird.

Herr Strelinski befürchtet, daß die Kartoffelnot im nächsten Jahre noch größer würde als heute. Er bittet die Landwirte, den Kartoffelanbau soweit wie möglich zu erhöhen. Die Stadt müsse soweit als möglich entgegenkommen inbezug auf Saatkartoffellieferung. Ein großer Teil der Bevölkerung habe jetzt schon keine Kartoffeln mehr und Aussicht für die dritte Rate sei nicht vorhanden. Wenn auch der Arbeiterschaft das Geld knapp würde beim Erwerb der nötigen Lebensmittel, so sei er doch der Ueberzeugung, daß den Landwirten ein Zuschlag zugebilligt werden müsse, um den Anbau zu erhöhen. Der Preis dürfe sich jedoch nicht in der Höhe bewegen, wie für Kartoffeln, welche weither kämen. Im Interesse der Allgemeinheit müßten die Landwirte den Haferanbau zurückstellen vor dem Kartoffelanbau und er glaubt, daß die Landwirtschaft ein gutes Herz habe für die arme Bevölkerung. Herr Schulze-Bergkamen bemerkt, daß der gute Wille da sei, die Frage falle und stehe mit der Saatkartoffel-Belieferung. Bei der Industriekartoffel dürften nur die großen Kartoffeln zur Saat benutzt werden, da die kleineren vielfach krank seien und kein gutes Erträgnis zeitigten. Herr Strelinski empfiehlt, für jeden Einwohner 10—15 Ruten Kartoffelland anzupflanzen, wie dies auch in anderen Gemeinden geschehe. Herr Poth bemerkt dazu, daß Kamen bei diesem Verfahren nicht gut wegkäme, da der größte Teil der Mitglieder des L.-V. in den Nachbargemeinden ansässig sei. Herr Brinkmann warnt davor, alle Ländereien zum Kartoffelanbau zu benutzen. Schwerer Boden eigne sich überhaupt nicht für Kartoffeln. Auf Wunsch wurden die Herren Siegler, Warschkuil, Strelinski und Bußmann gewählt, um an der am Donnerstag stattfindenden Versammlung des Landwirtschaftlichen Lokalvereins teilzunehmen. Herr Ebbinghaus greift den Vorschlag des Herrn Strelinski auf rutenweisen Anbau nochmals an. Wenn der Kreis die Sache in die Hand nehme, dann sei ein großer Erfolg zu erwarten. Herr Siegler ergänzt die Ausführungen zustimmend. Man müsse sich auf die eigenen Kartoffeln verlassen und nicht auf die welche von auswärts kommen sollen. Herr Brinkmann betont, daß man eventl. wohl in der Lage sei, den Kreis zu versorgen.

Herr H. Schulze-Böing weist auf die verringerte Herstellung von künstlichem Dünger hin. Z. B. habe die Harpener B.-A.-G. früher 18 Anlagen für Ammoniak in Betrieb gehabt, heute, aus Mange. an Schwefelsäure, jedoch nur drei. Die Ammoniak-Verkaufsvereinigung könne überhaupt keine Angaben über eventl. Lieferung von Ammoniak machen, dagegen nur sagen, daß diese sehr gering sein würde.

Herr Warschkuil machte im Auftrage des Herrn Bürgermeisters auf den Landwirtschaftlichen Lokalverein aufmerksam, den man durch Beitritt stärken möge, insbesondere durch Beitritt der Vorsitzenden der Kleintierzuchtvereine, Geflügelzuchtvereine und der Kleinen Landwirte. Weiter gab er bekannt, daß 40 Zentner Gefrierfleisch eingegangen seien.

Im Verlaufe der Debatte über einen Verkauf von 10 Pfund Speck an einen Oberberger Einwohner sei eins eines hiesigen Metzgers wurde beschlossen, daß die Metzger nicht berechtigt sind, an Nichtbezugsberechtigte städtische Fleischwaren zu verkaufen, widrigenfalls denselben die Lieferung entzogen wird.

*

Kamen, 13. Jan. **(Verschiedenes.)** Fortan sind wieder gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen jeder Art und Zeitungen für ganz Lettland zulässig. Leitung über Schweden.

Wie Wolffs Büro mitteilt, ist bei den Verhandlungen der Reichs- und Preußischen Staatsregierung vorbehaltlich der Zustimmung der Parlamente beschlossen worden, die Teuerungszulagen der Beamten um 150 Prozent zu erhöhen.

Es ist eine zwar eigenartige, aber doch unbestreitbare Tatsache, daß das Wetter seit langem genau so verdreht ist wie die gesamte Menschheit. Von einem Extrem fällt es in das andere. In dieser Stunde stille Kälte bei 10 Grad unter Null, in der nächsten Frühlingswärme mit klutschenden Regenschauern, um gleich darauf wieder in eine andere Gestaltung umzufallen. Im Frühjahr, wenn noch frische Lüftchen an der Tagesordnung wären, wird uns drückende Sommerhitze, mitten im Sommer Hundekälte und in der herbstlichen Erntezeit gar Frost mit Schneestürmen beschert. Jetzt, mitten im Eismonat, setzt nach wenigen kalten Tagen wieder laue Frühlingsluft ein und dabei ein Sturmgebraus, wie er lange nicht da war. Will der Lenz wirklich schon seinen Einzug halten? Soll den vielen trüben Tagen der verflossenen Zeit schon der sonnige Frühling folgen oder ist es wieder nur ein Seitensprung der Natur? Nach all den Erfahrungen und Enttäuschungen der letzten Vergangenheit wird man lieber an letzteres glauben, wenn auch niemand daran zu zweifeln braucht, daß allem Sturm und Wetter zum Trotz sich doch eine bessere Zeit, ein neuer belebender Frühling durchringen muß. — Sonntag hatte die Witterung mal wieder einen besonderen Tag. Der Wind der letzten Tage war zum orkanartigen Sturm angewachsen, gefolgt von fast unaufhörlichen Regenschauern. An Dach, Haus, an Baum und Strauch rüttelte der wilde Geselle ganz gewaltig, und nicht nur manches Stück, das keinen gesunden Kern mehr hatte, wurde von ihm hinweggefegt, auch gesundes und kräftiges mußte daran glauben. In den Straßen herrschte infolge des Unwetters nur geringer Verkehr, er war auch nicht ganz ohne Gefahr, denn nicht selten hörte man das Niederfallen losgerissener Schiefer und Pfannen. An der katholischen Kirche hat der Sturm gleichfalls Schaden angerichtet. Aus dem an der Westseite, hinter dem Hauptaltar gelegenen bunten Fenster hat er ein Stück herausgedrückt, obwohl ein engmaschiges Gitter Schutz abgab. Das Fenster kostete im Frieden schon einige tausend Mark. — Wie aus Essen gemeldet wird, hält der im dortigen Bezirk seit mehreren Tagen herrschende Sturm mit unverminderter Heftigkeit an. Es regnet unaufhörlich. Die Telephon- und Telegraphenleitungen in Westdeutschland sind zum größten Teil zerstört.

(Verzögerungen im Fernsprechverkehr.) Infolge Unwetters sind die Fernverbindungsleitungen in der Richtung nach Frankfurt, Köln, Münster und über Hagen hinaus in der Richtung Lüdenscheid—Siegen teilweise unterbrochen. Der Sprechverkehr dahin wird voraussichtlich große Verzögerungen erleiden und muß zum Teil eingestellt werden. Die Beseitigung der Störungen ist veranlaßt.

Eine Kartoffelausgabe am Ringofen findet in dieser Woche nicht statt, um den Austausch der Kartoffeln für Landwirte vornehmen zu können.

Brot ohne Marken wollte am Samstag abend der Arbeiter R. von dem Bäcker Hilboll an der Weststraße haben. Da ihm dieses natürlich verweigert werden mußte, wurde er aufgeregt, erging sich in Schimpfworten und Tätlichkeiten. Nachdem er das Haus verlassen hatte, schlug er vor Wut Fensterscheiben entzwei. Anzeige ist erstattet worden.

Schweinediebe besuchten in der Sonntag-Nacht den Wirt Menze an der Lünenerstraße und stahlen aus dem Stalle ein hochtragendes Mutterschwein. Da Blutspuren nicht gefunden wurden, scheinen die Burschen das Tier lebend entführt zu haben. Zwei kleinere Tierchen ließen sie im Stall zurück.

Zwei große Fässer Benzol, deren Herkunft bisher nicht ermittelt werden konnte, wurden von den städtischen Kriminal-Wachtmeistern am Samstag abend zwischen 9 und 10 Uhr an der Dortmunderstraße beschlagnahmt. Die Fässer sollten nach Dortmund verschoben werden.

(b) **Oberaden**, 13. Jan. Der Schulvorstand des Schulverbandes Oberaden und der hiesige Gemeinderat hielten hier am 7. Januar 1920 unter dem Vorsitz des Amtmanns Lehmhaus eine gemeinsame Sitzung ab. Die Lehrerbesoldung wurde nach den von der Regierung allgemein aufgestellten Grundsätzen geregelt. Abgelehnt wurde ein von der Lehrerschaft eingebrachter Antrag persönlicher Art. Der endgültigen Anstellung des Schulamtsbewerbers Stöwe vom 1. 10. 1919 ab wurde zugestimmt. Abgelehnt wurde auch der Antrag eines einzelnen Lehrers auf Gewährung der vollen Mietsentschädigung. Die Entschädigung für Heizung der Schulräume wurde allgemein auf einen angemessenen Betrag erhöht, außerdem wurden die Kosten für die Instandsetzung einer Lehrerwohnung bewilligt. Mit der Erteilung von Handarbeitsunterricht an der evangelischen Schule durch Fräulein Kleseier gegen eine angemessene Entschädigung erklärte sich der Schulvorstand einverstanden. Um 100 Prozent erhöht werden soll die Feuerversicherung der Schulgebäude. Neugegründet werden soll vom 1. 4. 1920 ab eine Lehrerinnenstelle an der katholischen Schule. Der Schuletat für das Rechnungsjahr 1920 wurde in Einnahme und Ausgabe auf 40 000 Mk. festgesetzt.

(b) **Oberaden**, 13. Jan. **(Diebstahl auf der Bahnhofsstation.)** Vor einigen Nächten statteten Diebe dem hiesigen Stationsgebäude und dem Güterschuppen einen Besuch ab. Mittels Nachschlüssels haben sich die Diebesgesellen, denen nur kleinere Geldbeträge und 2 Kisten Kandiszucker von je 57 Kg. Gewicht in die Hände gefallen sind, Eingang zu verschaffen gewußt.

Brünninghausen, 12. Jan. **Einen dreisten Einbrecher** konnte in Brünninghausen der Obermachtmeister Kunert festnehmen. Der Mann trug über der Schulter einen großen Sack, in dem sich drei Damenmäntel, ein Regenschirm und ein photographischer Apparat befanden. Ueber den Erwerb dieser Sachen befragt, gab er an, daß er sie gekauft hätte. Da das Verhalten des Mannes aber sehr verdächtig war, wurde er festgenommen und in Hombruch in Verwahr genommen. Am andern Morgen war dann auch bald Aufklärung geschaffen. Die Sachen stammten aus dem Haushalt des Direktors Schmieding vom Barober Walzwerk, dem man in der Nacht sein Haus ziemlich ausgeraubt hatte.

Hombruch, 12. Jan. **Billige Seidenblusen** verkaufte der Kellner Josef Kleinert von Hombruch einigen Frauen in Hombruch. Er selbst hatte die 7 Blusen eines Abends von einem Unbekannten im Olympiatunnel in Dortmund, das Stück für 30 Mark, gekauft und verdiente einige Mark am Stück beim Verkauf. Der billige Preis hätte ihn stutzig machen müssen, denn tatsächlich waren die Blusen 75 bis 90 Mark wert und bei der Firma Alsberg gestohlen worden. Wegen Hehlerei erhielt Kleinert von der Strafkammer 6 Wochen Gefängnis.

(s) **Schwerte**, 12. Jan. **Sein goldenes Amtsjubiläum** beging in körperlicher und geistiger Rüstigkeit Herr Rektor Berensmann von der hiesigen evangelischen Sedanschule. Von den 50 Jahren seiner an Erfolgen reichen Lehrtätigkeit entfallen, nachdem er anfangs derselben in Barmen, Wellinghofen und auf dem Höchsten tätig gewesen, die letzten 43 Jahre auf unsere Stadt. Ueber 25 Jahre war er während dieser Zeit nebenamtlich an der städtischen höheren Mädchenschule beschäftigt.

* **Paderborn**, 12. Jan. **(Großer Gold- und Silberwarendiebstahl.)** Nachts wurde in das Goldwarengeschäft der Firma Hermann Kirchhoff an der Westenstraße eingebrochen und große Mengen Uhren und Gold-, sowie Silberwaren geraubt. Man schätzt den Wert des Raubes auf über 100 000 Mk.

(W) **Dritzung**, 12. Jan. **(Großfeuer.)** Gestern nachmittag brach in einem Fabrikgebäude der hiesigen Portland-Zement-Fabrik Großfeuer aus. Das Gebäude, in dem sich große Vorräte befinden, dürfte vollständig ausbrennen. Gestern abend 6 Uhr stand noch alles in hellen Flammen.

** **Krefeld**, 10. Jan. **(Unter fremder Herrschaft.)** Im benachbarten Ort Tüchel wurde der Wirtin Wolff von einem belgischen Soldaten erschossen, weil sie ihm nach Eintritt der Polizeistunde die Verabreichung von Branntwein verweigert hatte. Der Mörder wurde verhaftet.

Der Abtransport unserer Kriegsgefangenen.

(TU) **Paris**, 12. Jan. Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Protokolls am Sonnabend trat die Gefangenenkommission zusammen und besprach die Maßregeln, die für den Rücktransport von 350 000 Gefangenen nötig sind. Mit dem Rücktransport wäre schon am Sonnabend begonnen worden, wenn die von Deutschland zu liefernden Waggons zur Stelle gewesen wären. So konnten die Transporte erst am Sonntag beginnen. Die deutschen Maschinisten dürfen französischen Boden nicht betreten. Die Züge werden in Frankreich von französischen, in Belgien von belgischen Personen, geleitet.

(W) **Paris**, 12. Jan. General Cassouin erklärt im „Echo de Paris", es sei alles bereit zum Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen. Die Transporte könnten schon heute beginnen, wenn der Befehl dazu gegeben wird. Sie würden etwa 6 Wochen dauern.

Versammlungsverbot in München.

(TU) **München**, 12. Jan. Der Polizeipräsident hat in seiner Eigenschaft als Staatskommissar von heute ab alle öffentlichen Versammlungen politischen Charakters verboten; auch die bereits genehmigten Versammlungen dürfen nicht mehr stattfinden. Das Verbot ist mit Rücksicht darauf erfolgt, daß es in der letzten Zeit in parteipolitischen Versammlungen sehr stürmisch zugegangen ist und die Gefahr besteht, daß Unruhen auf die Straße getragen werden.

*

— **(Streik der Hallenser Studentenschaft.)** Da ohne vorherige Ankündigung eine Erhöhung der Kolleggelder um 25 Prozent vorgenommen worden, ist die gesamte Hallenser Studentenschaft in den Streik getreten und hat die Bezahlung der Kolleggelder bis auf weiteres eingestellt. Der allgemeine Studentenausschuß hat sich an die Spitze der Bewegung gestellt.

— **(Polnische Steueramnestie.)** Die polnische Konstituante in Warschau beschloß für die ehemals preußischen Landesteile eine umfangreiche Steueramnestie. In Thorn sind bereits polnische Offiziere eingetroffen. Die Reichsbankstelle dort stellt ihren Betrieb ein. Das Inventar wird in den nächsten Tagen nach Berlin geschafft werden.

— **(Die Veränderungen in Flensburg.)** In Flensburg rechnet man damit, daß die interalliierte Kommission, die in Kopenhagen zur Abreise bereit ist, Ende dieser Woche eintrifft. Mit der Uebernahme der Regierung durch die Kommission wird an der Südgrenze des Abstimmungsgebietes eine neue Paßgrenze errichtet werden. Die Zollgrenze bleibt unverändert, ebenso geht der Eisenbahnverkehr weiter wie bisher.

— **Folgenschwere Explosion.** Durch die Explosion von Benzin, das ein Reisender mit sich führte, wurden in der Nähe der Station Pardubitz in einem fahrenden Personenzug sämtliche Insassen eines Wagens verletzt, darunter 37 schwer. Bisher sind 8 Personen gestorben. Der Wagen verbrannte bis auf die Eisenteile.

— **Der Duzfreund des Ministers.** In dem Prozeß wegen der Ermordung des früheren sächsischen Kriegsministers Neuring war auch ein gewisser Tischler Wöckel als Belastungszeuge aufgetreten, aus dessen Aussagen man sehr bald erkannte, daß er hauptsächlich ein Spitzel der sozialistischen Regierung gewesen war. Dieser Herr hat sich nun schon zweimal vor Gericht wegen Bedrohung zu verantworten gehabt, das letzte Mal am Sonnabend, weil er gegen Schutzleute die gröblichsten Beleidigungen ausgesprochen und einem Wachtmeister angedroht habe, er wolle dafür sorgen, daß er schon am folgenden Tage den Rock ausziehen müsse. Er — Wölfel — sei der Duzfreund des Ministers des Innern Uhlig. Das Gericht schickte diesen Duzfreund, auf den Herr Uhlig sehr stolz sein wird, auf drei Wochen ins Gefängnis. Bei einer früheren Gelegenheit war Wölfel von Fahrgästen eines Straßenbahnwagens obendrein noch wegen seines Verhaltens verprügelt worden.

— **Beendigung der Bagdadbahn.** Reuter meldet, daß der Eisenbahnverkehr von Basforah nach Bagdad in allernächster Zeit aufgenommen werden wird. Der Bau der Strecke macht schnelle Fortschritte. — Somit wäre der Bau der Bagdadbahn endgültig durchgeführt. Die Bahn wurde von den Deutschen gebaut, die Oberleitung hatte vor dem Kriege der damalige Direktor der Deutschen Bank, Generaldirektor der anatolischen Eisenbahnen, Dr. Helfferich. Der Bau schritt in seiner letzten Strecke nur langsam vorwärts, da die Engländer ihm große Schwierigkeiten in den Weg legten. Der Krieg brachte eine rasche Fertigstellung bis auf die Strecke über Bagdad hinaus. Nach der Einnahme Bagdads übernahmen die Engländer den Bau, den sie jetzt, nach vollständiger Entfernung des deutschen Einflusses, zu Ende geführt haben. So kann man jetzt die Strecke vom Mittelländischen Meer bis zum Persischen Golf ununterbrochen mit der Eisenbahn zurücklegen, eine Tatsache, deren Bedeutung noch gar nicht abzuschätzen ist.

— **Verhaftung zweier Schwerverbrecher.** Seit langer Zeit wurden von der Kriminalpolizei mehrerer Großstädte zwei Brüder Strauß gesucht, zwei berüchtigte Ein- und Ausbrecher. Zahlreiche Einbrüche haben sie auf dem Kerbholz, doch noch nie haben sie ihre Strafe abgesessen. Im letzten Herbst waren sie aus dem Zuchthaus in Naugard (Pommern) ausgebrochen. Bei den Nachforschungen nach einem Postraub im Berliner Schlesischen Bahnhof gelang es der Berliner Kriminalpolizei, sie in einer Wohnung in der Guineastraße zu stellen. Doch gelang es ihnen — wie seinerzeit berichtet — nach einem Revolverkampf, in dem ein Kriminalobermachtmeister fiel, zu entfliehen. Dann waren sie längere Zeit verschwunden. Jetzt gelang es, festzustellen, daß sie bei einer Frau L. in der Köpenicker Straße in Berlin unangemeldet wohnten. Unter großen Vorsichtsmaßnahmen wurde die Wohnung umstellt. Auf die Drohung, daß man die Tür mit Handgranaten sprengen würde, öffneten die Verbrecher schließlich und ließen sich angesichts der Uebermacht widerstandslos fesseln. Sie wurden unter sicherer Bedeckung zunächst in das Berliner Polizeipräsidium gebracht.

— **Heftiger Sturm im Aermelkanal.** Im Aermelkanal wütet ein heftiger Sturm. Rettungsboote wurden ausgeschickt, um die Bemannung der Schiffe, die Notsignale abgegeben haben, zu retten. Ein Rettungsboot, das die Bemannung von drei Frachtdampfern aufgenommen hat, kann nicht landen, weil der Wellenschlag zu hoch ist. Ein französischer und ein irischer Dampfer sind im Bristolkanal gestrandet.

*

Kleine Nachrichten.

Bei der gestrigen Abstimmung erklärte sich die Mehrheit der Werftarbeiter in Wilhelmshaven für die Einführung der Akkordarbeit bereit.

Das Urteil im Münchener Hochverratsprozeß Reichart lautet auf 4 Jahre Festung wegen Beihilfe zum Hochverrat. Bei guter Führung wurde dem Angeklagten nach Verbüßung von zwei Jahren die Bewährungsfrist in Aussicht gestellt.

Im Beisein des Reichspräsidenten Ebert und des preußischen Ministerpräsidenten Hirsch an der Spitze mehrerer Staatsminister fand gestern nachmittag die feierliche Eröffnung der Volkshochschule in Berlin statt.

Zur Meldung des Echo de Paris, daß Clemenceau die Verurteilung Wilhelm II. in contumatian vorgeschlagen und das englische Kabinett seinen Vorschlag unterstützt habe, schreibt der Londoner Evening Standart, in London sei von einer Unterstützung des Clemenceauschen Vorschlages nichts bekannt, er würde jedoch dem bereits früher gemachten Vorschlag entsprechen.

Die „Times" melden aus Bombay, daß dort eine neue Streikepidemie ausgebrochen ist. Es streiken 45 000 Arbeiter in 26 Betrieben.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 13. Jan. **(Krieger- und Landwehrverein Kamen.)** In Anbetracht der augenblicklich verworrenen wirtschaftlichen Lage, der Unsicherheit in der Gasbelieferung und der wenigen Stunden, die zur Abhaltung eines Festes zur Verfügung stehen (bis 10 Uhr abends), beschloß der Vorstand, das für den 25. d. M. geplante Fest auf einen günstigeren Zeitpunkt zu verlegen.

Bielefeld, 13. Jan. **Der Junggesellen-Club „Edelweiß"** Bielefeld beabsichtigt, am 15. Februar einen Preismaskenball zu veranstalten. Es wird schon jetzt darauf hingewiesen. (Näheres durch die Plakate und Inserate.)

Deutschlands Erbe übersee.

M. L. Das Beispiel Deutsch-Oesterreichs zeigt uns, wie es um ein Land aussieht, das nicht imstande ist, sich selbst zu ernähren, wenn die Zufuhr aus dem Auslande, auf die es angewiesen ist, einmal stockt. — Wir wissen nicht, wie weit wir von ähnlichen Zuständen entfernt sind, denn alles was wir an Land und fast alles, was wir an Handelsbeziehungen übersee besaßen, geht nach dem Versailler Vertrage in fremde Hände über.

Unsere Kolonien sollen von dem Völkerbund einzelnen Mächten zur Verwaltung übertragen werden. So wird England Ostafrika erhalten und damit seinen sehnlichen Wunsch nach einem Reiche „vom Kap bis Kairo" verwirklicht sehen. Das Kapland — also auch England — wird von Südwestafrika Besitz ergreifen; Frankreich wird Kamerun und Togo seinem Kolonialbesitz einverleiben. Um die „Uebertragung" der Südseeinseln endlich zanken sich Australien, Amerika und Japan noch herum.

Auch die Gebiete, die ohne zu unserem Kolonialbesitz zu gehören, wachsendem deutschen Einflusse unterlagen, sind für uns verloren. England erbt unser Zukunftsland Mesopotamien, das uns Getreide- und Baumwolllieferant werden sollte. Japan übernimmt unsere Hoffnung im Osten: Schantung. Japan ist es auch, das zusammen mit den Vereinigten Staaten unseren Handel in Südamerika an sich gerissen hat. Nicht einmal die Anlagen unseres Kapitals in Boden, Bahnen und Unternehmungen bleiben uns; selbst Schulen und Missionsanstalten müssen wir im Auslande auflösen, damit der deutsche Name ausgetilgt sei.

Sind wir auf diese Weise eigener Quellen für Nahrungsmittel und Rohstoffe beraubt, so wird uns überdies in Zukunft die Möglichkeit fehlen, Waren aus fremden Ländern wenigstens auf eigenen Schiffen in unsere Häfen bringen zu können. Unsere Handelsflotte ist gewesen, unsere Feinde haben sie uns genommen. Nach einem Berichte der Hamburger Handelskammer bleiben von der Hamburger und Bremer Dampferflotte etwa 3¼%! Wir werden kaum imstande sein, unseren Nord- und Ostseeverkehr selbst zu besorgen, ganz abgesehen davon, daß wir nur sehr wenig und sehr teuere Bunkerkohle zur Verfügung haben werden.

Durch diese Umstände werden dem Auslande große Frachtgewinne zufließen, die durch den Stand unserer Valuta noch erhöht werden. Was Wunder, wenn man uns die Möglichkeit nehmen will, eine neue Flotte zu bauen, nicht allein sollen wir fünf Jahre lang je 200 000 Tonnen Schiffsraum für unsere Feinde bauen, auch die zum Bau notwendigen Hafen- und Werftanlagen will man uns zum großen Teil hinwegführen. Nehmen wir hinzu die Bestimmungen des Versailler Vertrages, die auf die Lahmlegung unserer Häfen abzielen, das Recht unserer Feinde so ziemlich zu jeder Handelsspionage, die Wegnahme unserer Kabel, die Kontrolle unserer Funkenstationen, so erhellt, daß der deutsche Ueberseehandel so gründlich wie nur irgend möglich zerstört worden ist und daß war für den Bezug von Rohstoffen und Nahrungsmitteln ganz auf die Gnade unserer Feinde angewiesen sind, die es vollkommen in der Hand haben, ein zweites Oesterreich aus uns zu machen. Wir denken hier an das Wort Clemenceaus, daß Deutschland 20 Millionen Einwohner zu viel habe.

Es wird die Feuerprobe des deutschen Genius sein, zu beweisen, daß wir uns trotz der jammervollen Lage als Kulturvolk behaupten und als Weltwirtschaftsvolk wieder durchsetzen werden.

Zur Haftung der Eisenbahn für gestohlenes Frachtgut.

Welcher Wert ist für gebrauchte Sachen zu ersetzen: nur der Anschaffungswert oder der durch die allgemeine Teuerung gestiegene Wert?

Diebstähle an Eisenbahnfrachtgut sind in den letzten Kriegsjahren eine häufige Erscheinung gewesen und kommen leider auch heute noch vielfach vor. Es wird daher die Frage interessieren, welchen Wert die Bahn ersetzen und, wenn als Frachtgut verschickte gebrauchte Sachen, wie Wäsche, Kleidungsstücke usw. abhanden kommen; braucht sie nur den Betrag, der früher für die Anschaffung der Sachen ausgegeben wurde, zu erstatten, oder muß sie den infolge der Kriegsteuerungsverhältnisse bedeutend höheren Wert bezahlen, den die Sachen jetzt (d. h. zur Zeit ihres Abhandenkommens) haben? Das Reichsgericht hat die Frage kürzlich in letzterem Sinne entschieden:

Eine Frau C. hatte im Oktober 1917 von Siegburg aus, wo sie eine Pension betrieb, ihre Habe als Umzugsgut durch die Bahn nach Hamburg befördern lassen. Unterwegs sind eine große Anzahl Sachen, hauptsächlich Wäsche und Kleidungsstücke, gestohlen worden. Die Bahn hat als Ersatz der Frau C. 5000 Mark ausgezahlt. Die letztere klagte aber noch weitere 4765 Mark ein, indem sie geltend machte, die abhanden gekommenen Sachen hätten jetzt einen bedeutend höheren Wert als vor dem Kriege. Die Bahn dagegen will nicht mehr als höchstens den Anschaffungswert der Sachen ersetzen.

Landgericht und Oberlandesgericht Hamburg legten der Klägerin einen Schätzungseid dahin auf, daß nach ihrer besten Ueberzeugung die verlorengegangenen Gegenstände im Oktober 1917 in Siegburg einen Wert von 9765 Mark hatten; schwört sie diesen Eid, so soll der Fiskus zur Zahlung der restlichen 4765 Mark verurteilt werden. Das Oberlandesgericht führt aus, die durch den Krieg eingetretene allgemeine Preissteigerung habe sich insbesondere auch auf Haushaltungssachen erstreckt; diese Steigerung sei schon im Oktober 1917 eingetreten gewesen, und sie sei bei Festsetzung der vom Fiskus zu zahlenden Entschädigung zu berücksichtigen. Denn nach der Eisenbahnverkehrsordnung sei derjenige gemeine Handelswert oder in Ermangelung eines solchen derjenige gemeine Wert zu ersetzen, den die Sachen zur Zeit der Annahme zur Beförderung (also im Oktober 1917) hatten.

Das Reichsgericht hat dieses Urteil bestätigt und die vom Eisenbahnfiskus versuchte Revision zurückgewiesen. (Aktenzeichen: I. 185/19. — Urteil des Reichsgerichts vom 5. November 1919.)

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Kamen.

Mittwoch, 14. Jan., abends 8 Uhr: Bibelabend im Saale an der Lutherkirche, Pastor Philipps.

Redaktions-Briefkasten.

F. K. in Kamen. Dem Vormund liegt die Sorge ob: 1. für die Person des Mündels, 2. für dessen Vermögensangelegenheiten, 3. für dessen erforderliche Vertretung in Rechtsangelegenheiten. Das Kostgeld für das Mündel brauchen Sie aus Ihrem eigenen Vermögen natürlich nicht zu bezahlen. Sie können hieran etwaiges Vermögen oder Einkommen desselben verwenden und falls das Mündel verdienten Lohn oder Gehalt ohne Ihre Erlaubnis verbraucht, so müssen Sie Vorsorge treffen, daß der Arbeitgeber das Geld Ihnen aushändigt. Beachten Sie bei einzugehenden Verträgen über Ihr Mündel aber die Bestimmungen der Vormundschaftsordnung, welche für eine Anzahl von Fällen die Zustimmung des Vormundschaftsrichters erforderlich macht.

L. K. in Kamen. Die Frau ist berechtigt, Geschäfte, die den Haushalt und ihre persönlichen Bedürfnisse betreffen, abzuschließen, soweit diese nicht über den Rahmen der wirtschaftlichen Verhältnisse und des hierfür üblichen hinausgehen, und der Mann muß in diesen Fällen für Bezahlung aufkommen. Auch einzelne Möbelstücke darf die Frau unter Umständen allein kaufen. Ob aber Bilder und kostbarere Rahmen dazu gehören, scheint uns fraglich. Wir möchten nicht glauben, daß das Gericht hier eine Zahlungspflicht des Mannes anerkennt. Schreiben Sie der Firma, daß Sie die Bezahlung ablehnten, weil die Frau zu der Bestellung nicht berechtigt gewesen wäre.

W. B. 100 in Kamen. Spritzen Sie Benzin oder Petroleum in die Bohrlöcher des Holzwurms und kleben Sie dann die Löcher mit Paraffin zu.

G. in Berkamen. Vom 28. Juli bis zum 1. Oktober ergeben sich 9 Wochen und 2 Tage. Sie würden also vom 1. bis 6. Oktober das Wochengeld beanspruchen können und bis zum 20. Oktober das Stillgeld. Wenden Sie sich an Ihre Krankenkasse.

A. W. in Methler. Unter der Voraussetzung, daß Sie vierteljährliche Kündigung haben, ist die Erhöhung der Miete zum 1. Oktober garnicht zulässig. Da der Vermieter Ihnen Mitte Oktober die Erhöhung angekündigt hat, so kann er den höheren Mietspreis erst vom April nächsten Jahres ab fordern. Sind Sie der Ansicht, daß auch dann die Erhöhung unberechtigt ist, so müssen Sie sich an das Mietseinigungsamt wenden.

H. Sch. B. Bei Verlust eines Auges werden 45% der Vollrente bewilligt; da auch das andere Auge nicht mehr die frühere Sehkraft besitzt, erhalten Sie auch die Verstümmelungszulage. Die Berechnung ist folgende: 45% von 540 Mk. = 243 Mk., Kriegszulage 180 Mk., Verstümmelungszulage 324 Mk., Rentenzuschlag (75% der Teilrente) 182,25 Mk. = 929,25 Mk.; dazu 40% Teuerungszulage 371,70 Mark; Summa: 1300,95 Mk. Waren Sie Unteroffizier, so erhalten Sie statt obigen 243 Mk. 270 Mk., sodaß die Endsumme sich auf 1358,75 Mark erhöht.

Russisches Konsulat. Ein russisches Konsulat ist zurzeit weder in Dortmund, noch in Rheinland-Westfalen eingerichtet. Ob sich gegenwärtig eine russische Vertretung in Berlin befindet, können wir nicht sagen. Sie wenden sich dieserhalb am besten an das Auswärtige Amt in Berlin.

Chemie. Die mit Hilfe von Kompressionspumpen aus reiner Kohlensäure hergestellte flüssige Kohlensäure geht, sobald sie aus der Flasche entweicht, also dem Druck, unter dem sie gehalten ist, entzogen wird, in Gasform über. Die Flaschen haben einen Druck von 50—75 Atmosphären auszuhalten. Eine Möglichkeit, die Kohlensäure auch außerhalb der Flasche dauernd flüssig zu erhalten, besteht nicht.

W. K. 24. Wechseln Sie Ihre Sicherungen aus, wenn sie defekt sind. Ihrem Hauswirt geht das gar nichts an; ebenso wenig hat er sich um die Reparatur einer schadhaft gewordenen Leitung zu kümmern. 2. Auf welchen Umstand das häufige Durchbrennen der Sicherungen zurückzuführen ist, das kann nur ein Fachmann bei gründlicher Prüfung der Leitung feststellen. Es dürfte sich empfehlen, die Leitung recht bald nachsehen zu lassen, damit nicht ein Brand in der Wohnung entsteht.

E. W. 16. Und wenn ein Mann im Zuchthause gesessen hat, so kann er doch Stadtverordneter und, wenn ihm das Glück lächelt, sogar Bürgermeister werden. In einer Stadt in der Provinz Sachsen hat sich dieser Fall ereignet. Die Hauptsache ist, daß die Ehrenrechtsstrafe nicht mehr läuft.

St. J. 55. Ihre Frau hatte von Ihnen Vollmacht; sie war also zur Kündigung der Versicherung berechtigt. Lehnen Sie die Zahlung der Prämie ab.

Im Verlage von Otto Lenz in Leipzig erschien eine neue Schrift des in hiesigen Kreisen rühmlichst bekannten Landwirtschaftslehrers A. v. Neuffer: **Die Schafzucht** und Krankheiten der Schafe. Vornehmlich ist das Heftchen, welches 1 Mark 25 Pfg. kostet, für den kleinen Mann bestimmt, um ihn in die Lage zu setzen, sich schnell und sicher Rat zu holen. Bei der in den letzten Jahren wieder stark zunehmenden Schafhaltung im Kleinen dürfte das Büchlein eine willkommene Erscheinung sein.

„**Deutscher Geist**" heißt ein neuer Kunstkalender, den der Verlag Otto Elsner in diesem Jahre als Abreißkalender in großem Format herausbringt und der sich bald seinen Platz im deutschen Hause erobern dürfte. Bei der Zusammenstellung der Bilder und der Texte, die Maximilian Müller-Jabusch, Dr. Wilhelm Kurth vom Berliner Kupferstichkabinett und Professor Dr. Veit Valentin besorgte, ist darauf Bedacht genommen worden, an die geistigen Strömungen anzuknüpfen, die für den geistigen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands gesteigerte Bedeutung gewinnen werden. Namen wie Kant, Herder, Wieland zeigen, wohin der Weg geht. Daneben ist alte und neue deutsche Dichtung ausgiebig zur Geltung gekommen, neben Volksdichtung und Kirchenliedern, mit Dichtern wie Cäsar Flaischlen, Richard Dehmel, Eichendorff, Rilke, Ricarda Huch. Den Hauptschmuck des Kalenders, die Bilder, hat man aus dem Schatze alter deutscher Graphik geschöpft. Der Kalender, der auf Veranlassung der Deutschen Liga für Völkerbund entstanden ist, stellt einen Baustein zum geistigen Wiederaufbau dar. Sein Preis (4,50 Mk.) ist so billig, daß er eines der geeignetsten und hübschesten Weihnachtsgeschenke bildet.

M.-G.-V. Augusta-Viktoria

Bunter Abend

am 18. Januar im Schützenhof, W. Reinhard, durch

Gesang, Solovorträge, Theater u. großen Ball.

Zur Aufführung gelangen:

1. **Am Brunnen vor dem Tore**
Liederspiel.
2. **Direktor Bimmels Spezialitäten-Theater.**

Kassenöffnung 3 Uhr. Anfang 4 Uhr.

Preise im Vorverkauf M. 1.50, an der Kasse M. 2.00.

Karten im Vorverkauf sind zu haben bei den Mitgliedern und W. Reinhard, Schützenhof.

Kinder haben keinen Zutritt.

Es ladet freundlichst ein

157 Der Vorstand.

Kamener Lichtspiele
Vornehmes Orchester.

Spielplan vom 13.—16. Jan.:

— 1. —

Der Flieger von Görz
Großes Kriegsdrama in 4 Akten mit
Eden Richter
in der Hauptrolle.

— 2. —

Wem nie durch Liebe Leid geschah
Liebesabenteuer mit Deutschlands bester Kinoschauspielerin
Lotte Neumann.
6 Akte. 6 Akte. 6 Akte.

Wir machen darauf aufmerksam, daß wir mit diesem Spielplan etwas ganz besonderes bieten und bitten um geneigten Zuspruch.

— 3. —

Einlage.

161 Kamener Lichtspiele.

Preis-Einigung. 153

Kohlenfahren von Grimberg und Monopol pro Kasten . . . . Mark 5
von Viktoria pro Kasten . . . . Mark 12
für sonstige Fuhren u. Landarbeit pro Stunde und Pferd . . Mark 6

Die Fuhrwerksbesitzer von Wedinghofen.

Tinten
zu haben in der
Buchhandlung der „Kamener Zeitung."

Wer ein



Haus, Kotten, Grundstück, Bauplatz
und dergl. zu kaufen oder zu verkaufen sucht, wird es durch eine kleine Anzeige in der Kamener Zeitung erreichen. Ausserordentlich zahlreich sind die Angebote, welche auf eine solche Anzeige stets eingehen.

Turn-Verein zu Kamen.

Freitag, den 16. Jan. d. J., abends 8 Uhr, bei Frau Jordan:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht
2. Kassenabschluß für das 4. Vierteljahr.
3. Festangelegenheiten.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Verein für **Frauenhilfe.**

Die nächste **Mitglieder-Versammlung** findet am Mittwoch, den 14. Januar, 8½ Uhr, bei Berghaim statt. Alle erwerbenden Frauen und Mädchen, die dem Verein beitreten wollen, sind willkommen. 155

Der Vorstand.

Gutes 1- oder 2-**Familien-Wohn-Haus**
möglichst mit Garten u. Stallung zu mieten oder zu kaufen gesucht.
Offerten unter **A. B. 160** an die Geschäftsstelle.

Für kleine Landwirtschaft wird sofort ein ordentliches 158
Mädchen
gegen hohen Lohn gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Wegen Erkrankung des jetzigen ein
Mädchen
von 14 bis 16 Jahren für sofort gesucht. 151
Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Kamener Ztg.

Suche für sofort od. zu Ostern einen 156
Lehrling.
Heinr. Jackenkroll, Maler- u. Anstreicher-Geschäft.

Für unsere Buchdruckerei suchen wir zu Ostern einen
Lehrling.
Kamener Zeitung G. m. b. H.
(Meldungen: Unnaerstr. 163.)

Wir stellen schon jetzt und zu Ostern ein
Lehrlinge
für Formerei, Ofen- und Modellschlosserei.
152 Gewerkschaft Eisenhütte Westfalia Lünen.